



**Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter**

**Jahresbericht USA**

**2012**

Am 11. Januar 2012 ist es zehn Jahre her, dass die ersten Gefangenen im „**Krieg gegen den Terror**“ in **Guantánamo Bay**, Kuba eintrafen. 779 Gefangene wurden in Guantánamo Bay festgehalten, die große Mehrheit ohne Anklage oder Verfahren.

Guantánamo Bay ist Symbol für die Missachtung der Menschenrechte im „Krieg gegen den Terror“ durch die Vereinigten Staaten. Wie unerträglich die Umstände der Haft dort sind, zeigt nicht zuletzt ein erneuter Todesfall am 08. September. Der Yemenit Adnan Farhan Abdul Latif starb im 11. Jahr seiner Inhaftierung, ohne dass er jemals angeklagt und seine Schuld in einem Verfahren untersucht wurde. Latif ist der neunte Guantánamo Insasse, der im Gewahrsam verstorben ist. Laut Aussage der US-Militär-Behörden waren sechs der bisherigen 8 Todesfälle auf Selbstmord zurückzuführen und 2 sind einer natürlichen Todesursache geschuldet. Die Todesursache im aktuellen Fall wird noch untersucht, doch laut Aussage seines Anwalts hat Latif die meiste Zeit in Einzelhaft verbracht und sein mentaler und physischer Gesundheitszustand gab Anlass zur Sorge. Er hat bereits mehrere Selbstmordversuche unternommen. Sein Tod verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, die unbegrenzte Inhaftierung zu beenden, für ausstehende Fälle eine Lösung herbeizuführen und das Gefangenenlager ein für alle Mal zu schließen.

Mindestens 12 der Gefangenen in Guantánamo waren unter 18 Jahre alt als sie inhaftiert wurden. Oma Khadr z.B. war gerade einmal 15, als er im Jahr 2002 in Afghanistan gefangen genommen wurde. Khadr wurde zunächst auf dem US-Militärstützpunkt Bagram inhaftiert und schließlich nach Guantánamo verfrachtet. Acht Jahre lang wurde er ohne Anklage festgehalten - mehr als ein Drittel seines Lebens. Im Jahr 2010 wurde ihm schließlich vor einem Militärtribunal der Prozess gemacht. Angeklagt, Al-Qaida-Kämpfer gewesen zu sein und während des Gefechts im Juli 2002 einen US-Soldaten mit einer Handgranate getötet zu haben, bekennt er sich schuldig. Beobachter gehen davon aus, dass seine Geständnisse unter Folter erpresst wurden. Im Herbst 2012 ist er von Guantánamo Bay zurück nach Kanada überstellt worden, um dort den Rest seiner Haftstrafe zu verbüßen.

Gleichzeitig ist in diesem Jahr am 08. Juni auch das Datum des 20jährigen Jubiläums der Ratifizierung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte durch die USA. Doch die darin festgeschriebenen Menschenrechte sind im „Krieg gegen den Terror“ verdrängt worden. Systematisch hat Ex-Präsident Bush im „Krieg gegen den Terror“ foltern lassen, Menschen wurden entführt und verschwanden in geheimen Haftanstalten. Gleichzeitig behauptete er, den weltweiten Kampf gegen Folter anzuführen. Das Unterlassen der jetzigen Regierung, diese Verbrechen zu untersuchen, ihnen Zugang zum Rechtssystem zu verwehren und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, setzt die Verletzung der Menschenrechte fort. Statt der angekündigten

Transparenz herrscht auch 3,5 Jahre nachdem Obama an die Regierung kam, Heimlichkeit und der fehlende Wille zur Aufklärung vor.

Wie z.B. im Fall von El-Masri, einem deutschen Staatsbürger, libanesischer Abstammung, der Ende 2003 in Mazedonien aus einem Reisebus festgenommen und an US-Agenten übergeben wurde. Diese verschleppten ihn im Rahmen ihres "**Rendition**"-Programms nach Afghanistan, wo er gefoltert wurde. Sein Verbleib wurde nicht mitgeteilt, Kontakt mit der Deutschen Botschaft, einem Rechtsanwalt oder seiner Familie nicht ermöglicht, so dass er praktisch „verschwunden“ war. El-Masris Schicksal ist beispielhaft für viele andere Opfer des Verschleppungsprogramms der CIA im Rahmen der Terrorbekämpfung. Es gilt als wahrscheinlich, dass eine Namensverwechslung vorlag und er mit einem mutmaßlichen Al Qaida Mitglied verwechselt wurde. Im Dezember 2012 hat der Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geurteilt, dass Mazedonien durch El-Masris Übergabe an die amerikanischen Behörden Verantwortung trägt für seine unrechtmäßige Inhaftierung, sein Verschwindenlassen, Folter und andere Misshandlung. El-Masris Klage in den Vereinigten Staaten gegen die CIA wurde jedoch abgelehnt, weil in einem Verfahren Staatsgeheimnisse enthüllt werden könnten.

Auch Maher Arar, ein Familienvater aus Kanada wurde nach dem Besuch seiner Familie in Tunesien während des Umsteigens in New York von Amerikanischen Behörden verschleppt, über Jordanien nach Syrien gebracht und dort gefoltert. Auch er ist wahrscheinlich ein Opfer von falschen Informationen durch kanadische Behörden. Eine kanadische Untersuchung ergab, dass er nicht in Zusammenhang mit Terroraktivitäten stand. Die USA weigerten sich kategorisch, mit der kanadischen Untersuchung zu kooperieren, er erhielt keine Entschuldigung oder Zugang zu Rechtsmitteln. Das Justizministerium kämpfte erfolgreich gegen seine Klagen auf Wiedergutmachung mit der Begründung von „erheblichen Sorgen der nationalen Sicherheit.“

Auch Majid Khan ist in einem Geheimgefängnis „verschwunden“ und wurde dort nach Angaben seines Anwalts schwer gefoltert. Im März 2003 wurde er von pakistanische Kräften aus dem Haus seines Bruder in Karachi, Pakistan abgeholt und dann der CIA übergeben wurde. Kurz bevor er sein zehntes Jahr in Gefangenschaft antrat, hat er sich im Februar 2012 für schuldig bekannt, in der Hoffnung, dass er nach egal welcher Haftstrafe endlich wieder in Freiheit gelangt. Doch auch das Schuldeingeständnis von Majid Khan ist keine Garantie, dass er nach Verbüßung seiner Strafe in die Freiheit entlassen wird. Denn die US-Regierung nimmt die Position ein, dass sie – entgegen internationalem Recht – auch nach dem Absitzen der Strafe eines Guantánamo-Gefangenen, ihn weiter inhaftieren darf. Majid Khan hat die Verantwortung für Taten (darunter Mord und versuchter Mord) übernommen. Die Verantwortung für die Misshandlungen, die er durch US Behörden erlitten hat, sind jedoch in weiter Ferne. Details werden durch das höchste Geheimhaltungslevel der amerikanischen Regierung weiterhin verschwiegen. Folter und Verschwindenlassen sind jedoch Straftaten nach internationalem Recht. Durch den Gebrauch des Arguments von Geheimhaltung – sowohl durch die Regierung von Bush als auch von Obama, verletzen die USA internationale Verpflichtungen, die verlangen, dass Verursacher von Folter zur Rechenschaft gezogen werden.

Amnesty International setzt sich daher dafür ein, dass die Menschenrechtsverletzungen durch die CIA in einem geheimen Haftprogramm aufgeklärt werden und die Verantwortlichen bestraft werden. Auch wird die Fortsetzung von Verfahren vor Militärkommissionen kritisiert, die nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprechen.

Am 9. September 2012 wurde das Haftzentrum auf dem US-Militärstützpunkt Bagram in Afghanistan an die afghanischen Behörden übergeben, wie dies sechs Monate zuvor vereinbart worden war.

Die USA, das Land mit der weltweit höchsten Inhaftierungsrate, halten darüber hinaus zehntausende Gefangene in **Isolationshaft**. Die Vereinigten Staaten haben den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie die Antifolterkonvention unterschrieben, die beide Folter oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe untersagen. Das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen hat zudem betont, dass das Verbot von Folter und anderer grausamer und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung „sich nicht nur auf Handlungen bezieht, die physische Schmerzen hervorrufen sondern auch auf Handlungen, die mentale Leiden hervorrufen“ und das insbesondere lange Isolationshaft diese Schwelle erreichen kann. Sowohl das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen als auch der UN-Ausschuss gegen Folter haben die exzessiven harten Bedingungen in verschiedenen amerikanischen Hochsicherheitseinrichtungen als unvereinbar mit menschlicher Behandlung kritisiert. Der UN-Sonderberichterstatter über Folter fordert, dass Einzelhaft, dass nur als allerletzte Maßnahme über einen kurzen Zeitraum verhängt wird. Sie sollte nicht gegenüber Kindern oder psychisch Kranken angewendet werden. Schockierend sind vor allem die Bedingungen in den Isolationseinheiten der Gefängnisse Kaliforniens oder auch in Arizona. Hunderte Gefangene werden in Kaliforniens abgetrennten Hochsicherheits-Einheiten (Security Housing Units, SHUs) eingesperrt, für mehr als 10 Jahre in Isolation und reduzierten sensorischen Stimulationen. Der Bericht *The Edge of Endurance: Conditions in California's Security Housing Units* vom September 2012 beschreibt die Sorgen von Amnesty International. Der Bericht basiert auf Zugang von Amnesty International zu Kaliforniens Isolationseinheiten und untersucht die Haftbedingungen von über 3.000 Gefangenen, darunter 78, die mehr als 20 Jahre in Isolation verbracht haben. Die Bedingungen der Isolation und andere Entbehrungen, die den Gefangenen von Kaliforniens SHU Einheiten auferlegt werden, brechen die internationalen Standards für menschliche Behandlung von Gefangenen. Außerdem stellt die verlängerte oder endlose Isolierung und schwere soziale und umgebungsbedingte Entbehrung, die insbesondere in der Pelican Bay SHU vorherrscht, grausame unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe in Verletzung von internationalem Recht dar.

Auch Louisiana muss unverzüglich die Isolationshaft für zwei Insassen beenden, die ihnen vor 40 Jahren auferlegt worden ist. Seit dem 17. April 1972 befinden sich Albert Woodfox, 65, und Herman Wallace, 70, für den Mord an einer Gefängniswache, den sie bestreiten, in Isolationshaft. Woodfox und Wallace befinden sich für 23 Stunden am Tag in der 2m x 3m Zelle und dürfen nur kurz in eine Art „Außen-Käfig“ oder zum Duschen ihre Zelle verlassen. Sie dürfen nicht arbeiten oder sich weiterbilden.

Amnesty International fordert auch strengere Begrenzungen im Gebrauch von **Elektroschock-Waffen** (Tasern) durch die Polizei angesichts der Tatsache, dass inzwischen 500 Personen nach dem Gebrauch von Tasern gestorben sind. Am 13. Februar ist Johnnie Kamahi Warren gestorben, nachdem ein Polizeibeamter in Alabama einen Taser mindestens zweimal gegen ihn eingesetzt hat. Der 43jährige war unbewaffnet. Eine große Anzahl an Todesfällen ist auf unnötige Gewalt zurückzuführen.